

Informationen zum Datenschutz für Fortbildungsveranstaltung bei der Senatorin für Justiz und Verfassung

Durch die Senatorin für Justiz und Verfassung werden - soweit dies zur Planung, Vorbereitung, Durchführung und Abwicklung von Fortbildungsveranstaltungen erforderlich ist - personenbezogene Daten der Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie Interessentinnen und Interessenten sowie Referentinnen und Referenten elektronisch gespeichert und verarbeitet.

Welche Daten werden verarbeitet?

Es handelt sich bei diesen personenbezogenen Daten um den Namen, Vornamen, ggfs. Titel, Geschlecht, Dienstbezeichnung, Dienstbehörde, E-Mail-Adresse, Datum und Titel der Veranstaltung sowie die Erforderlichkeit einer Übernachtung und bei Referenten/-innen evtl. zusätzlich die Bankverbindung.

Rechtmäßigkeit der Verarbeitung

Personenbezogene Daten, die uns im Zusammenhang mit Fortbildungsveranstaltungen übermittelt werden, werden von uns ausschließlich zur Wahrnehmung unserer Aufgaben bzw. zur Erfüllung rechtlicher Verpflichtungen verarbeitet. Rechtsgrundlagen sind Art. 6 Abs.1 lit. c und e der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) i.V.m. § 3 Abs. 1 des Bremischen Ausführungsgesetzes zur EU-Datenschutz-Grundverordnung (BremDSGVOAG) und § 4 Abs. 1 des Bremischen Richtergesetzes sowie § 22 S. 3 des Bremischen Beamtengesetzes. Die Verarbeitung Ihrer Daten dient der Planung und Abwicklung von Fortbildungsveranstaltungen und sie ist zur Erfüllung der Verpflichtung, für geeignete Maßnahmen zur Fortbildung zu sorgen, erforderlich (vgl. auch § 3 Abs. 2 S. 2 BremDSGVOAG).

In Bezug auf Referentinnen und Referenten ist die Datenverarbeitung „für die Erfüllung eines Vertrages“ im Sinne von Art. 6 Abs. 1 b DSGVO erforderlich.

Weitergabe der Daten

Ihre personenbezogenen Daten werden an folgende Stellen weitergegeben:

- an den Veranstalter der Fortbildung, sofern diese nicht von der Bremer Justiz veranstaltet wird
- an die Mitbestimmungsorgane
- an die Tagungsstätte bzw. das Hotel bei auswärtigen Veranstaltungen
- an die übrigen Veranstaltungsteilnehmer (in Form eines Teilnehmerverzeichnisses).

Dauer der Verarbeitung

Die Daten werden nach Erhebung so lange gespeichert, wie dies für die jeweilige Aufgabenerfüllung erforderlich ist. Eine Löschung erfolgt nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist.

Ihre Rechte

Nach der Datenschutzgrundverordnung stehen Ihnen die folgenden Rechte zu: Sie haben das Recht auf Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten, Art. 15 DSGVO. Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu, Art. 16 DSGVO. Zudem können Sie bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen die Löschung oder eine Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen, Art. 17, 18 und 21 DSGVO.

Verantwortliche Stelle, weitere Ansprechpartner

Zur Wahrnehmung Ihrer Rechte sowie für weitergehende Fragen über die Verwendung Ihrer personenbezogenen Daten wenden Sie sich an uns als verantwortliche Stelle:

Senatorin für Justiz und Verfassung, Richtweg 16 – 22, 28195 Bremen.

E-Mail: office@justiz.bremen.de .

Beschwerden gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten können an die Aufsichtsbehörde, die Landesbeauftragte für Datenschutz in Bremen (office@datenschutz.bremen.de), gerichtet werden.

Zudem können Sie sich auch jederzeit an unseren behördlichen Datenschutzbeauftragten (datenschutz@justiz.bremen.de) wenden.

Gerne senden wir Ihnen auf Anfrage dieses Hinweisblatt in gedruckter Form zu.